

GEMEINSAME RESOLUTION

Arbeitsbedingungen bei der Österreichischen Post

Die Republik Österreich ist über die ÖBAG mit einem Anteil von 52,8% Hauptaktionär bei der Österreichischen Post AG. In der ordentlichen Hauptversammlung am 15. April 2021 der Aktionärinnen und Aktionäre der Österreichische Post AG wurde beschlossen, für das Geschäftsjahr 2020 eine hohe Dividende von mehr als 108 Millionen Euro (das sind 1,60 Euro je Aktie) auszuschütten.

Die Ausrichtung der Österreichischen Post auf Gewinnmaximierung findet auf dem Rücken der Beschäftigten statt. Zeitdruck und chronischer Personalmangel erzeugen physischen und psychischen Druck, der viele Beschäftigte überfordert. Hohe Fluktuationsraten sind die Folge. Diese hohe Fluktuation droht, die Österreichische Post AG personell auszuhöhlen und damit auch den Versorgungsauftrag zu gefährden.

Für die Dividendenpolitik tragen Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung – und damit auch die Republik Österreich als Hauptaktionär – die Verantwortung. Die ausschließliche Orientierung an möglichst hohen Ausschüttungen steht im Widerspruch zu mittel- und langfristigen Unternehmenszielen, zu denen selbstverständlich auch menschenwürdige Arbeitsbedingungen und die flächendeckende Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Postdiensten gehört.

Die Vollversammlung der steirischen Arbeiterkammer fordert daher die **Organe der Österreichischen Post AG** auf, sich der Problematik rund um die **massive Arbeitsbelastung der Belegschaft** anzunehmen und die ausschließlich auf **Gewinnmaximierung abzielende Unternehmenspolitik** zu überdenken.

Graz, 29. April 2021

Für die FSG

Alexander Lechner e.h.

Für den ÖAAB-FCG

Günther Ruprecht e.h.

Für die FA-FPÖ

Mag. Harald Korschelt e.h.